

Trump droht Deutschland mit Sanktionen

Veröffentlicht am 13. Juni 2019 von [Günther Lachmann](#) in [Schlagzeile](#) // 2 Kommentare



Donald Trump / Quelle: Pixabay, lizenzfreie Bilder, open library: <https://pixabay.com/de/trump-pr%C3%A4sident-usa-amerika-flagge-2546104/>

Ist Deutschland für Donald Trump das neue Iran? Wegen der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 bringt der US-Präsident Sanktionen gegen Deutschland ins Gespräch.

Im Streit um die umstrittenen Ostsee-Gaspipeline Nordstream 2 deutet US-Präsident Donald Trump erstmals die Möglichkeit von Sanktionen gegen Deutschland an. Bisher haben die USA Wirtschaftssanktionen, die ein Land ökonomisch nachhaltig schwächen sollen, nur gegen Feindstaaten wie Iran oder Russland angewandt. Trump nährt nun mit einer Aussage beim Besuch des polnischen Präsidenten Andrzej Duda im Weißen Haus Spekulationen, wonach er offenbar keine Skrupel habe, diese ökonomische Waffe auch gegen einen engen Verbündeten anzuwenden.

»Das ist etwas, das wir uns anschauen und worüber ich nachdenke«, sagte Trump und begründete seine Überlegungen so: »Wir schützen Deutschland vor Russland, und Russland bekommt Abermilliarden Dollar von Deutschland.«

»Deutschland macht einen riesigen Fehler«

Trump vertrat die Ansicht, Deutschland mache sich mit der Gaspipeline politisch von Russland abhängig. Im schlimmsten Fall könne Deutschland

gar zur »Geisel Russlands« werden. Mit der Pipeline von Russland durch die Ostsee nach Deutschland begehe die Bundesregierung einen »riesigen Fehler«.

Auch wenn er nicht wörtlich von Sanktionen gegen Deutschland sprach, ließ der Kontext seiner Aussagen keine Zweifel daran aufkommen, an wen er die Drohung richtete. Trump sagte, letztlich liege die Entscheidung über das Projekt bei Deutschland.

Bisher unterstützte Bundeskanzlerin Angela Merkel das unter tatkräftiger Mitwirkung des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder organisierte Pipeline-Projekt gegen alle Kritik auch aus den USA. Beide haben ein enges Verhältnis zum russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin. Schröder ist auch Präsident des Verwaltungsrats von Nord Stream 2.

Trump hingegen will US-Gas in Europa verkaufen. Polen hat bereits einen über fünf Jahre laufenden Liefervertrag über die Abnahme von sechs Milliarden Kubikmeter US-Gas unterzeichnet und ein großes Terminal für Schiffe mit US-Gas gebaut. Bei den aktuellen Gesprächen mit Trump soll der polnische Präsident Duda die Abnahme von weiteren zwei Milliarden Kubikmeter Flüssiggas im Wert von zwei Milliarden Dollar zugesagt haben.

Gesetzentwurf im US-Senat soll Pipeline stoppen

Neben dem formal einzigen Nord-Stream-2-Anteilseigner Gazprom, verbinden auch die deutschen Konzerne Wintershall und Uniper wirtschaftliche Interessen mit der Pipeline. Beteiligt sind zudem die niederländisch-britische Shell, das Unternehmen Engie aus Frankreich sowie OMV aus Österreich.

Mit der Streckenführung durch die Ostsee umgeht die Pipeline Polen und die Ukraine. Dagegen protestierten beide Länder von Beginn an und werden dabei von den USA unterstützt. So hatten die die US-Senatoren Ted Cruz (Republikaner) und Jeanne Shaheen (Demokraten) im Mai einen parteiübergreifenden Gesetzentwurf in den US-Senat eingebracht, der Sanktionen gegen die Betreiber von Schiffen vorsieht, mit denen die Rohre für die Pipeline in der Ostsee verlegt werden. Verlegt werden die Rohre der Nord-Stream-2 von einer italienischen und einer Schweizer Firma.

<https://www.geolitico.de/2019/06/13/trump-droht-deutschland-mit-sanktionen/>

AUSSENHANDEL

Die verschwiegene Abhängigkeit der USA von Deutschland

[Deutsche Mittelstands Nachrichten](#) | 20.05.19, 08:50

Milliarden-Investitionen / Hunderttausende Arbeitsplätze

Themen: [Außenhandel](#), [Deutschland](#), [Donald Trump](#), [Industrie](#), [Strafzölle](#), [USA](#)

Seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump im Jahr 2017 sind die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland angespannt. Im vergangenen Jahr haben die USA Strafzölle auf Aluminium- und Stahlimporte aus der EU verhängt. Zudem drohen sie, Strafzölle auf Autoimporte aus der EU zu verhängen, was besonders Deutschland hart treffen würde. Trump behauptet, mit diesen Maßnahmen die heimische Industrie anzukurbeln und damit Arbeitsplätze im Inland zu schaffen. Doch die US-Denkfabrik „Trade Partnership“ sieht das ganz anders: Laut einer von ihr durchgeführten Studie würden Zölle auf Stahl und Aluminium zu einem Nettoverlust von über 400.000 amerikanischen Arbeitsplätzen führen.

Noch sind die transatlantischen Geschäftsbeziehungen hervorragend, aber die deutsche Wirtschaft ist tief besorgt über die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und den USA.

Aus der Studie „German American Business Outlook 2018“ geht hervor, dass für 76 Prozent der in den USA tätigen deutschen Unternehmen offene Märkte entscheidend sind für ihre Lieferkette. Deutsche Unternehmen haben in den USA bisher circa 675.000 Arbeitsplätze geschaffen und Investitionen in Höhe von rund 250 Milliarden Euro getätigt, so das „American Legislative Exchange Council“ (ALEC).

ALEC führt aus: „Deutschland gehört zu den Top-Ländern, die in Amerika investieren. 674.000 Amerikaner sind bei deutschen Unternehmen beschäftigt und fast die Hälfte dieser Arbeitsplätze sind im verarbeitenden Gewerbe angesiedelt (...) Die Regierung hat Zölle gegen unsere Verbündeten und Handelspartner, einschließlich Deutschland, vorgeschlagen und umgesetzt, um ‚fairere‘ Deals zu erzielen. Es ist jedoch wahrscheinlicher, dass diese zunehmend protektionistische Politik den hart arbeitenden Amerikanern nicht helfen, sondern Schaden wird (...) Zölle führen

(...) zu Vergeltungs-Zöllen, und die US-Wirtschaftspartner haben bereits begonnen, gezielte Zölle gegen die USA einzuführen.“

Das negative Ausmaß des aktuellen „Trumpschen Protektionismus“ könnte größer sein als erwartet. Aus den Daten des US-Handelsministeriums geht hervor, dass sechs Millionen Arbeitsplätze in den USA auf ausländische Unternehmen entfallen. Trump hat mehrmals Deutschlands Überschuss im Handel mit den USA kritisiert, insbesondere im Automobilssektor. Doch die deutschen Autobauer sind faktisch gesehen ein Gewinn für die US-Wirtschaft.

Stormy-Annika Mildner vom BDI führt in einem Gastbeitrag für die „German Times“ aus: „Seit 2009 hat sich die deutsche Auto-Produktion in den USA vervierfacht. Zwei der größten amerikanischen Autoexporteure sind deutsche Unternehmen – BMW und Mercedes. Die USA sind das wichtigste Ziel für ausländische Direktinvestitionen der deutschen Automobilindustrie.“

Die „American Chamber of Commerce“ (AmCham) hat im vergangenen Jahr eine Umfrage unter ihren deutschen und amerikanischen Mitgliedern durchgeführt. 42 Prozent der deutschen Unternehmen gaben an, dass die USA als Wirtschaftsstandort weniger attraktiv geworden sind, hauptsächlich aufgrund des aktuellen Handelsstreits zwischen beiden Ländern. Es gibt auch Hinweise darauf, dass die Investitionstätigkeit rückläufig ist. 18 Prozent der deutschen Unternehmen gaben an, ihre jeweiligen Investitionspläne aufgrund des sich abzeichnenden Handelskonflikts reduziert zu haben. Insgesamt glauben 71 Prozent der befragten Unternehmen nicht an einen wesentlichen Durchbruch zwischen den USA und der EU.

Trotzdem sind die USA nach Angaben des Statistischen Bundesamts nach wie vor der wichtigste Einzelmarkt für den deutschen Export. Im vergangenen Jahr exportierte Deutschland Waren im Wert von 113,5 Milliarden Euro in die USA. Überraschend ist: Das waren 1,5 Prozent mehr Exporte in die USA als im Vorjahr.

Auf der anderen Seite ist Deutschland ein wichtiger Investitionsstandort für US-Unternehmen. In einer AmCham-Umfrage gaben 77 Prozent der US-Unternehmer an, dass das Jahr 2017 ein starkes Geschäftsjahr in Deutschland gewesen sei. 91 Prozent der Befragten sagten, dass die Rahmenbedingungen in Deutschland für US-Unternehmer sehr gut seien. 94 Prozent gaben an, dass die deutschen Arbeitnehmer gut ausgebildet seien.

Im Jahr 2016 waren die USA mit einem Volumen von 108 Milliarden US-Dollar der größte Nicht-EU-Direktinvestor in Deutschland, so [export.gov](https://www.export.gov).

Einer PricewaterhouseCoopers-Studie (PwC-Studie) zufolge sind bis Mitte 2018 ausländische Investoren bei insgesamt 732 deutschen Unternehmen eingestiegen. 129 der Käufer kamen aus den USA, gefolgt von 94 aus Großbritannien und 86 aus der Schweiz.

Diese Zahlen und Fakten sprechen für sich. Von den deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen profitieren beide Seiten. Der Status quo lässt sich am besten als „Win-Win-Situation“ beschreiben, der einen großen Beitrag zum Wohlstand beider Länder leistet.

Derzeit befinden sich die deutsch-amerikanischen Spannungen noch nicht an einem Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt. Trump hält an seinem harten protektionistischen Kurs fest, doch der Widerstand gegen seine Politik wird größer, unter anderem im US-Kongress sowie von Seiten mehrerer US-Wirtschaftsverbände und zahlreicher amerikanischer Unternehmen.

<https://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2019/05/95319/>